

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

AM WOCHENENDE

www.lvz.de | Sonnabend/Sonntag, 9./10. April 2022

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland (rnd)

128. Jahrgang | Nr. 84 | 2,20 €

„In Leipzig sind wir sicher“

Sie sind der Kriegshölle in der Ukraine entkommen: Sofii (8) und Ivan (12) haben zusammen mit ihrer Mutter in Leipzig ein neues Zuhause gefunden. Wie geht es ihnen in ihrem neuen Alltag? **Seite 10**



FOTO: INES MATHIEBE/FLYING PHOTOGRAPHER

PANORAMA

Ist das der Matchball gegen Boris Becker? Dem Tennisstar droht eine Haftstrafe



Seite 32

SONNTAG

Mehr als nur Oster-Leckerei: Der Hase ist ein Großer in Kunst und Kultur



sonntag

THEMEN DES TAGES

LEIPZIG

Abbruch der Kontakte zum russischen Generalkonsulat?

Im Leipziger Stadtrat fordern CDU- und SPD-Fraktionen den Abbruch der protokollarischen Beziehungen mit dem russischen Generalkonsulat in Gohlis. Die Reaktionen der anderen Ratsfraktionen sind jedoch verhalten. **Seite 17**

ANZEIGE

SACHSEN

Ukrainischer Botschafter Melnyk attackiert Kretschmer

Harte Verbalattacke des ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk gegen Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer (CDU) wegen dessen Russland-Kurs. Auf Twitter schrieb Melnyk: Kuscheln sie weiter mit „Kumpelchen Putin“. **Seite 8**

WETTER



LVZ-KONTAKT

Telefon 0341 2181-0
Abonnenten-Service 0800 2181-020*
Ticket-Service 0800 2181-050*

www.lvz.de
LVZ Leipziger Volkszeitung
@LVZ

*KOSTENLOSE SERVICE NUMMERN

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland (rnd)



Streitfall Flughafen-Ausbau: Dreht sich jetzt der Wind?

Der Airport Leipzig/Halle soll erweitert werden. Die Gegner des Plans haben jetzt im Landtags-Petitionsausschuss überraschend gepunktet. Hat das Folgen?

Von Kai Kollenberg und Andreas Debski

Leipzig. Die Fluglärm-Aktivisten in Leipzig haben seit dieser Woche Grund zur Hoffnung. Zumindest, wenn man der Bürgerinitiative „Gegen die neue Flugroute“ glaubt. Mehrere Stunden lang hatte der Petitionsausschuss des Sächsischen Landtags zu einer Anhörung gebeten, bei der die Initiative ihre Sicht auf den geplanten Ausbau des Airports Leipzig/Halle darlegen konnte. Nun jubilierten die Flughafen-Gegner. Sie sprechen von einem „ersten Erfolg“ hinsichtlich ihrer Bestrebungen: Man habe „tiefergehenden Analysen“ von ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Aspekten dargelegt, „die so öffentlich noch nicht diskutiert wurden“. Das klingt, als wäre das Aus für die 300 Millionen-Euro-Erweiterung quasi beschlossene Sache.

Ganz so ist es nicht. Aber nach allem, was die LVZ aus der nicht-öffentlichen Sitzung erfahren hat, hat die Bürgerinitiative punkten können. Die Frage ist, was das der Initiative bringt. Das hängt entscheidend davon ab, welche Erwartungen sie an den Petitionsausschuss hat.

Flugverkehr könnte um 50 Prozent zunehmen

Seit Jahren stehen sich Befürworter und Gegner des Ausbaus unversöhnlich gegenüber. Der Flughafen verweist darauf, dass der Großlogistiker DHL mit seinem Drehkreuz mehr Platz benötigt. Auch der Online-Händler Amazon will mit 50 Maschinen von Leipzig aus fliegen. Um 66 Hektar soll der Frachtbereich darum erweitert werden, 90 bis 100 statt der aktuell 60 Flugzeuge sollen einen Stellplatz finden. Hinzu kommen neue Rollwege.

Mit dem Vorhaben ist eine Ausweitung des Flugverkehrs verbunden: 80.000 Starts und Landungen gab es in Vor-Corona-Zeiten 2019, 118.000 könnten es laut Prognosen des Flughafens im Jahr 2032 sein – ein Plus von knapp 50 Prozent. „Angesichts der stetig steigenden Nach-

„Wir werden nicht in das Planfeststellungsverfahren eingreifen oder den Ausbau stoppen können.“

Simone Lang (SPD)
Vorsitzende des Petitionsausschusses

frage hat der Aufsichtsrat eine erneute strategische Weichenstellung für den Ausbau vorgenommen“, sagt Flughafen-Sprecher Uwe Schuhart. Das Investitionsprogramm umfasse eine halbe Milliarde Euro.

Für den wirtschaftlichen Aufschwung mag das entscheidend sein. Anwohner warnen aber vor erheblich größerer Lärmbelastung. Über 10.000 Unterschriften gegen die Erweiterung haben sie in einer Online-Petition gesammelt und vergangenes Jahr dem Landtag übergeben. Der Petitionsausschuss soll jetzt klären, ob die Belange der Lärmgegner ausreichend gewürdigt wurden.

„Der Petitionsausschuss ist keine Schiedsstelle und kein Gericht“, sagt Ausschusschefin Simone Lang (SPD). „Unser Ziel ist es, eine gemeinsame Lösung für die streitenden Parteien zu finden und die Kommunikation zu fördern.“ Bei der Anhörung hat sie das gegenüber der Bürgerinitiative mehrmals deutlich gemacht, wie Teilnehmer berichten. Die Abgeordneten wollten bei dem Termin keinen Sieger in dem jahrelangen Streit küren, sondern sich angesichts der Informationsflut im direkten Gespräch ein Bild machen. Auch Vertreter des Flughafens, der Stadt Leipzig, des Wirtschaftsministeriums und der sächsische Fluglärmbeauftragte Jörg Puchmüller waren deshalb zugegen.

Die Fluglärm-Gegner hatten nicht nur „Lärmschutz-Papst“ Prof. Thomas Münzel hinzugebeten,

sondern zeigten auch eine 37 Folien umfassende Präsentation, mit deren Hilfe sie die These vom Jobwunder Flughafen entkräften wollten. Ein Argument: Der Landesverkehrswegeplan 2030 begrenze den Frachturnschlag am Airport auf 1,5 Millionen Tonnen im Jahr. Schon jetzt wären es aber 1,6 Millionen Tonnen. Warum also dann die Erweiterung?

Schwenken nach Anhörung einzelne Abgeordnete um?

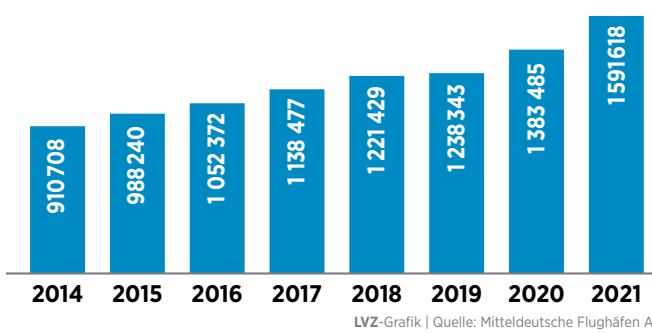
Die Geschäftsführung des Flughafens machte ihrerseits deutlich, welche ökonomischen Folgen ein Ausbaustopp hätte. Der Fluglärmbeauftragte Puchmüller fasst die Sitzung so zusammen: „Es zeigte sich deutlich das Spannungsfeld rund um den Flughafen.“ Die wirtschaftliche Entwicklung auf der einen – und die persönliche Betroffenheit auf der anderen Seite. Einzelne Abgeordnete sind nach der Anhörung aber deutlich angetan von den Argumenten der Bürgerinitiative. Zitieren wollen sie sich mit Verweis auf die nicht-öffentliche Sitzung nicht lassen. Zumal die offizielle Stellungnahme des Ausschusses noch verfasst werden muss.

Tatsächlich sind die Einflussmöglichkeiten dabei begrenzt. „Wir werden als Ausschuss nicht in das Planfeststellungsverfahren eingreifen oder den Ausbau stoppen können. Wir sind schließlich keine Fachexperten oder Bausachverständige“, sagt die Vorsitzende Lang. „Aber wir können beispielsweise – ganz generell wie bei allen Petitionen – darauf dringen oder anmahnen, dass bestimmte Aspekte gewürdigt werden sollten.“

Der Abschlussbericht – oder die Berichte, falls sich der Ausschuss nicht auf ein einheitliches Votum einigt – wird wohl nach der Sommerpause vorliegen. Der Landtag wird anschließend darüber abstimmen. Ein Achtungserfolg für die Fluglärm-Gegner wäre es aber, falls der Petitionsausschuss sowie später auch der Landtag auf Nachbesserungen drängen würden. Nur: Reicht ihnen das? **Seite 7**

Fracht- und Postumschlag

am Flughafen Leipzig/Halle, in Tonnen



LVZ-Grafik | Quelle: Mitteldutsche Flughäfen AG

Im Herbst droht Rückkehr zur Maskenpflicht

Lauterbach: Aus für Impfpflicht hat Folgen

Berlin. Ohne die geplante allgemeine Impfpflicht als Corona-Vorsorge kommen für den Herbst wieder mehr Schutzauflagen in den Blick. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sagte am Freitag in Berlin, mit den jetzigen Regeln des Infektionsschutzgesetzes werde man „mit Sicherheit nicht über die Runden kommen“. Angesichts der nun verbleibenden Impflücke könne man etwa nicht ohne eine Maskenpflicht in den Herbst gehen. Der SPD-Politiker rief alle Menschen zu Umsicht und vorherigen Tests bei Reisen über Ostern auf. Auf einen erneuten Anlauf für eine Impfpflicht setzt die Bundesregierung nicht mehr.

Lauterbach räumte ein, dass das Scheitern der Impfpflicht „eine klare und bittere Niederlage“ für alle Befürworter und damit auch für ihn sei. Man gehe so ein drittes Mal nicht optimal vorbereitet in eine zu erwartende Herbst-Welle. Das Verfahren habe aber ein klares Ergebnis gehabt, mit dem man leben müsse. Möglichen Gesprächsangeboten etwa der Union würde er sich nicht verweigern, sei aber „sehr skeptisch“.

Zuvor hatte Kanzler Olaf Scholz (SPD) klar gemacht, es gebe „keine Gesetzgebungsmehrheit“ für eine Impfpflicht. „Das ist die Realität, die wir jetzt als Ausgangspunkt für unser Handeln nehmen müssen.“ Einen neuen Anlauf im Bundestag werde es daher nicht geben. **Seite 9**



Denkt an eine Rückkehr zur Maskenpflicht im Herbst: Gesundheitsminister Karl Lauterbach.

FOTO: IMAGO/JENS SCHICKE